



HESSISCHER LANDTAG

15. 02. 2023

Plenum

Dringlicher Antrag

Fraktion der SPD

Landesregierung handelt unsolidarisch – Mittel des Bundes müssen vollständig an Kommunen ausgezahlt werden

Wir erhalten aus vielen Kommunen die Rückmeldung, dass sich das Land in der Frage der Unterbringung und Versorgung von Geflüchteten aus der Verantwortung stiehlt. Dringliche Bitten um logistische und finanzielle Unterstützung werden von der Landesregierung ignoriert, deren einzige Tat darin besteht, eigene Forderungen an den Bund zu richten. Der Ministerpräsident fordert öffentlich mehr Geld vom Bund für die Versorgung der Geflüchteten, ist aber nicht bereit, die schon ausgezahlten Bundesmittel vollständig an die Kommunen weiterzuleiten, bei denen die Kosten anfallen. Diese Herausforderungen – die aufgrund der aktuellen Situation in der Türkei und in Syrien erneut zunehmen werden – lassen sich nur gemeinsam und solidarisch bewältigen.

Der Landtag wolle beschließen :

1. Der Hessische Landtag stellt fest, dass die Bundesinnenministerin bereits wichtige Initiativen auf den Weg gebracht hat, um auf den hohen Zuzug Geflüchteter zu reagieren. Dazu zählen beispielsweise die verstärkte Kooperation mit unseren Nachbarländern an der Grenze, die Einschränkung der Visa-Politik Serbiens auf Druck der Europäischen Union, das Gesetz zur Beschleunigung von Asylverfahren und die Wiederbelebung des Solidaritätsmechanismus auf europäischer Ebene mit klaren Vorgaben zur Identitätsaufklärung.
2. Der Hessische Landtag begrüßt den von der Bundesinnenministerin einberufenen Flüchtlingsgipfel und erwartet von allen Beteiligten einen kooperativen und ergebnisorientierten Umgang miteinander. Einziges Ziel hierbei muss sein, sowohl für die Kommunen als auch die geflüchteten Menschen Lösungen für eine angemessene und leistbare Form der Unterbringung und Versorgung zu finden.
3. Der Hessische Landtag fordert die Landesregierung auf, sich ebenso engagiert auf der Landesebene für weitere Lösungskonzepte einzusetzen und alle Akteurinnen und Akteure, von den Kommunen über die sozialen Träger und Ehrenamtlichen in der Flüchtlingshilfe an einen Tisch zu rufen, um auf Augenhöhe miteinander zu arbeiten.
4. Der Hessische Landtag stellt fest, dass die Kommunen sowohl logistisch als auch finanziell die größten Aufgaben bei der Unterbringung und Versorgung geflüchteter Menschen zu leisten haben.
5. Der Hessische Landtag stellt weiterhin fest, dass die vom Bund geflossenen Mittel zur Unterbringung und Versorgung ukrainischer Geflüchteter in diesem Jahr nur zur Hälfte an die Kommunen weitergereicht werden. Die in Hessen ankommenden Menschen werden hingegen oftmals direkt an die Kommunen verteilt.
6. Der Hessische Landtag fordert die Landesregierung auf, die Bundesmittel für das Jahr 2023 vollständig an die Kommunen weiterzuleiten. Die im Jahr 2022 einbehaltenen Gelder werden zweckgebunden für den Ausbau der Landesaufnahmekapazitäten eingesetzt. Gleichzeitig gilt es, die bestehenden Kapazitäten vollständig auszuschöpfen, um eine Entlastung für die Kommunen zu schaffen.

7. Der Hessische Landtag fordert die Landesregierung auf, umgehend die Pauschalzahlungen an die Kommunen für die Unterbringung und Betreuung der Geflüchteten zu erhöhen und zudem Landesimmobilien für die Unterbringung bereitzustellen. Darüber hinaus benötigen die Kommunen zusätzliche Mittel, um die personelle Ausstattung der Ausländerbehörden verbessern zu können.
8. Der Hessische Landtag stellt fest, dass die Kommunen in der Lage sein müssen, Unterkünfte für Flüchtlinge anzumieten, ohne Gefahr zu laufen, auf den Kosten sitzen zu bleiben, wenn die Räume nicht voll ausgelastet sind bzw. partiell nicht benötigt werden. Die Landesregierung wird daher aufgefordert, wie in der Flüchtlingskrise 2015 eine Vorhaltepauschale an die Kommunen zu zahlen. Zudem muss das Land selbst mehr eigene Landesimmobilien für die Unterbringung von Geflüchteten zur Verfügung stellen.

Wiesbaden, 15. Februar 2023

Der Fraktionsvorsitzende:
Günter Rudolph